

Die verstärkte Harmonisierung im Schulwesen verringert das Innovationspotenzial

Category: Blog

geschrieben von Aus fremder Feder | 5. August 2026



Was Belp versucht, ist im Kern nichts anderes als gelebter Föderalismus im Kleinen: Eine Gemeinde testet eine neue Idee – und der Rest schaut zu. Genau so sollte ein dezentrales Bildungssystem funktionieren. Doch solche Experimente werden immer seltener.

Der Trend zur Harmonisierung

Während die Schulbildung klar in den Kompetenzbereich der Kantone und Gemeinden fällt, sind in den vergangenen Jahren verstärkte Tendenzen zur Harmonisierung zu beobachten – und damit auch eine schrittweise Einengung des lokalen Handlungsspielraums. Mit der Volksabstimmung vom 21. Mai 2006

wurden Zuständigkeiten neu justiert: Die Kantone wurden verpflichtet, zentrale Eckwerte wie Schuleintritt, Dauer und Ziele der Bildungsstufen sowie deren Übergänge zu koordinieren. Gelingt dies nicht, greift sogar der Bund ein. Ausserdem regelt der Bund seither den Schuljahresbeginn.



Dr. oec. Melanie Häner-Müller

In den darauffolgenden Jahren wurde mit dem Lehrplan 21 erstmals ein gemeinsamer Lehrplan für die gesamte Deutschschweiz geschaffen. Frühere Zusammenarbeitsprojekte hatten sich stets auf einzelne Regionen oder Stufen beschränkt. Der neue Lehrplan definiert, was Schülerinnen und Schüler wissen und können sollen – kompetenzorientiert und entlang klarer Entwicklungsstufen über die gesamte Volksschulzeit hinweg.

Parallel dazu gewann die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) stark an Bedeutung. Gegründet 1897 als Austauschplattform, entwickelte sie sich schrittweise zu einer zentralen Koordinationsinstanz. Spätestens seit dem Schulkonkordat von 1970, das verbindliche Eckwerte wie neun Jahre Schulpflicht oder 38 Schulwochen festlegte, ist sie weit mehr als ein Empfehlungsorgan.

Unterschiedliche Schülerleistungen

Mit dieser Harmonisierung wird der Handlungsspielraum der Kantone und Gemeinden zunehmend enger. Gleichzeitig sind grosse Unterschiede in den Schülerleistungen sichtbar. Und genau hier zeigt sich die Grenze der Vereinheitlichung. Die Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK) testete 2023 Schülerinnen und Schüler am Ende der Sekundarstufe I. Schweizweit erreichten 82 Prozent die Grundkompetenzen im Lesen, aber die Bandbreite zwischen den Kantonen reichte von 69 bis 87 Prozent. Ein gemeinsamer Lehrplan, sehr

unterschiedliche Ergebnisse.

Spannend ist dabei: Nicht nur die Schülerleistungen variieren, sondern auch die Pro-Schüler-Ausgaben. Höhere Ausgaben gehen dabei nicht mit besseren Leistungen einher. Wenn Geld allein nicht reicht, braucht es bessere Ideen. Und dass es diese Ideen braucht, zeigt eine ernüchternde Zahl aus der neusten Pisa-Studie für die Schweiz: Rund ein Viertel der 15-Jährigen versteht einfache Texte nicht.

Die Vorteile des Föderalismus in der Bildungslandschaft

Gerade bei dieser Lösungsfindung wird die Stärke des Föderalismus sichtbar. Der US-Ökonom Wallace Oates formulierte es im Dezentralisierungstheorem: Öffentliche Leistungen sind dann besonders effizient, wenn sie möglichst nah an den Präferenzen der Bevölkerung erbracht werden. Im Bildungsbereich heisst das: Was in einem Kanton funktioniert, muss nicht zwingend auch im nächsten funktionieren. Die Forschung stützt diese Sicht – dezentral organisierte Bildungssysteme schneiden in hoch entwickelten Ländern besser ab als zentral organisierte. Das schlägt sich in besseren Schülerleistungen nieder. Gleichzeitig gilt: Reformen wirken nicht überall gleich. Gerade deshalb ist es entscheidend, dass unterschiedliche Modelle parallel bestehen bleiben.

Das Pilotprojekt wird zeigen, ob eine Viertagewoche mit weniger Ferien den Alltag von Kindern, Eltern und Lehrpersonen tatsächlich verbessert. Vielleicht ja. Vielleicht nein.

Ein zweiter Vorteil des Föderalismus ist Wettbewerb und Vergleich. Wenn Kantone und Gemeinden unterschiedliche Wege gehen, entstehen natürliche Experimente. Man erkennt, was funktioniert – und was nicht. Der amerikanische Bundesrichter Louis Brandeis brachte es bereits im Jahr 1932 auf den Punkt: Ein mutiger Gliedstaat, der neue Ideen ausprobiert, dient als Labor – ohne damit ein Risiko für das ganze Land einzugehen.

Das Belper Beispiel reiht sich in genau diese Logik ein. Die Viertagewoche ist kein umfassender Systemwechsel, sondern ein weiteres Experiment. Das Pilotprojekt wird zeigen, ob eine Viertagewoche mit weniger Ferien den Alltag

von Kindern, Eltern und Lehrpersonen tatsächlich verbessert. Vielleicht ja. Vielleicht nein. Aber genau darum geht es. Wenn alle Kantone und Gemeinden dasselbe machen, verpassen wir die Chance, voneinander zu lernen – die Schülerinnen und Schüler genauso wie das System selbst.

Melanie Häner-Müller leitet den Bereich Sozialpolitik am Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern.

Legende Beitragsbild: *Dezentral organisierte Bildungssysteme schneiden besser ab als zentral organisierte: Primarschule in Lauperswil im Emmental. (Foto: Peter Schneider / Keystone-SDA)*